

# Landtag Aktuell

## 88. Ausgabe

Düsseldorf, 10.05.2013



**Gregor Golland**

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

---

### **Bund sorgt für Entlastung der Kommunen – auch im Rhein-Erft-Kreis**

Der Bund wird die Kommunen bis zum Jahr 2016 um rund 20 Milliarden Euro entlasten. Dies ist die größte Kommunalentlastung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Im Bundeshaushalt werden die Nettoausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, die derzeit von den Kommunen getragen wird, in mehreren Schritten übernommen.

Auch der Rhein-Erft-Kreis wurde im vergangenen Jahr durch die erhöhte Bundesbeteiligung massiv entlastet. Der Kreis erhielt im Vergleich zum Vorjahr 5.118.252 Euro mehr Bundeserstattung. Wenn in diesem Jahr die Beteiligung des Bundes auf 75 Prozent steigt, bedeutet dies, dass unser Kreis mindestens in Höhe von 12.480.285 Euro bei den Sozialausgaben entlastet wird. Ab dem Jahr 2014 erfolgt die Kostenübernahme zu 100 Prozent.

Während Rot-Grün im Land nach einem neuen Gutachten zum kommunalen Finanzausgleich im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes wieder nur eine neue Umverteilung innerhalb der kommunalen Familie plant, entlastet der Bund die Kommunen tatsächlich. Nachdem im Jahre 2003 die damalige rot-grüne Bundesregierung die Kommunen im Rahmen der Hartz-Gesetze mit den Kosten der Grundsicherung belastete, wurde durch die jetzige Bundesregierung die Übernahme der Grundsicherungskosten beschlossen.

### **Bilanz der EU-Kohäsionspolitik für den Rhein-Erft-Kreis**

Seit Gründung der Europäischen Union ist eines der Ziele des Staatenbundes ungleiche wirtschaftliche Entwicklungen in den Mitgliedsländern auszugleichen. Zu diesem Zweck zahlen die Mitgliedsstaaten Geld an die EU, das diese verteilt. Dieses Prinzip nennt man Kohäsion.

Aber es geht nicht nur um einen Ausgleich zwischen reichen und ärmeren Staaten, sondern alle Regionen werden mit den Geldern unterstützt. Die Kohäsionspolitik der Europäischen Union - als Instrument zur Verfolgung der Lissabon-Strategie mit den Zielen Innovation, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit – stellt auch in der Förderperiode 2007 bis 2013 eine wesentliche Grundlage für die Strukturförderung in Nordrhein-Westfalen dar.

Die von der EU bereitgestellten Finanzmittel werden über die NRW-EU-Förderprogramme auf Grundlage der von der EU-Kommission genehmigten Mittel zur Verfügung gestellt. Auf diesem Weg können zahlreiche Projekte und Maßnahmen unterstützt werden.

Dies ist vielen Bürgerinnen und Bürgern aber auch Unternehmen nicht bekannt. Von daher haben meine Frechener Landtagskollegin Rita Klöpfer und ich die Landesregierung nun um Auskunft über die Kohäsionsmittel gebeten, die in den Rhein-Erft-Kreis geflossen sind.

Sobald die Antwort vorliegt, werde ich berichten: <http://kurzlink.de/GG16-2751>.

### **Gewalt gegen Polizisten: CDU Landtagsfraktion fordert Mindeststrafe von einem Jahr**

Die CDU-Landtagsfraktion beobachtet die steigende Gewalt gegen Polizeibeamte mit großer Sorge. Auch ich habe dies mehrfach erfahren, wie ich Ihnen in der vergangenen Ausgabe von Landtag Aktuell berichtet habe. Bereits in der letzten Wahlperiode hatten wir im Landtag zwei parlamentarische Initiativen zur Verbesserung des strafrechtlichen Schutzes von Polizeibeamten eingebracht. SPD und Grüne haben diese jeweils abgelehnt. Die neuen Zahlen zur Gewalt gegen Polizeibeamte verdeutlichen nun, dass das ein schwerer Fehler war und ist.

In NRW wurden im vergangenen Jahr rund 6.000 Angriffe auf Polizeibeamte verübt. Die Behauptung, dass es sich bei Gewalt gegen Polizeibeamte lediglich um Einzelfälle handle, ist damit eindeutig widerlegt. Damit die Ordnungshüter in unserem Staat nicht zu Statisten degradiert werden, die ungestraft angegangen werden dürfen, müssen entsprechende Attacken künftig mit einer Mindeststrafe von einem Jahr sanktioniert werden. Das Thema ist nicht zu verharmlosen. Ansonsten müssen unsere Polizeibeamten mit ihrer Gesundheit bezahlen.